

Betreff: Dank für das Gespräch / Positionen MediaMarktSaturn

Datum: Montag, 14. Juli 2025 um 14:25:08 Mitteleuropäische Sommerzeit

Von: [REDACTED]

An: [REDACTED]

Anlagen: Position_MediaMarktSaturn_Verbraucher kreditverträge.pdf, 250505_MediaMarkt
Saturn_Wettbewerbsfähigkeit durch Bürokratieabbau.pdf, MediaMarktSaturn_Positionspapier EUDR.pdf

Sehr geehrte(r) [REDACTED]

vielen Dank noch einmal für das freundliche und konstruktive Gespräch am 09. Juli. Ich freue mich sehr, wenn wir den gemeinsamen Dialog aufrechterhalten und verstetigen.

Der Vollständigkeit halber hier noch einmal der Hinweis, dass ich für MediaMarktSaturn unter R003601 im Lobbyregister des Bundestags eingetragen bin und mich selbstverständlich dem Verhaltenskodex verpflichtet sehe.

Sie haben uns freundlicherweise die Möglichkeit gegeben, noch weitere Anliegen bzw. Positionen zu übermitteln. Daher möchte ich Ihnen anbei unsere Positionen zur sogenannten EURD, zur Verbraucherkreditrichtlinie sowie zu Bürokratieabbau allgemein senden.

Da insbesondere die ersten beiden Punkte von großer Relevanz für unser Unternehmen sind, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn ich mich mit Ihnen, oder jemandem aus Ihrem Haus, zeitnah noch einmal dazu austauschen dürfte.

- **EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten:** Wir unterstützen das Ziel für mehr Nachhaltigkeit auch mit eigenen Bemühungen. Doch die sogenannte EUDR legt all ihren Adressaten immense Bürden auf, die nicht zur Zielerreichung beitragen. Wir Händler stehen vor der Aufgabe, Verantwortung für Schritte in unserer Lieferkette zu übernehmen, wo wir kaum Einfluss haben können. Zwar können Händler auf die Sorgfaltserklärung ihres Lieferanten referenzieren. Gleichwohl verbleibt die Haftung für Richtigkeit und Vollständigkeit bei dem Händler selbst und führt somit zu einem unkalkulierbaren Risiko. Es braucht eine Verschlinkung der Aufgaben und Aufgaben-/Verantwortungsaufteilung in der Lieferkette. So sollte die EUDR Teil der Omnibusverfahren werden und außerdem das in Kraft treten noch einmal verschoben werden, damit sich die Adressaten auf die neuen, umfangreichen Bedingungen einstellen können. Diese Woche wurde von 18 Mitgliedstaaten ein Brief an die Kommission in der Sache gesendet: "We urge the European Commission to swiftly include the Deforestation Regulation in its simplification plans in order to ensure coordinated and effective implementation of the EUDR across the EU". Es erschließt sich nicht, warum Deutschland sich diesem Brief nicht angeschlossen hat. Das Anliegen würde die hiesige Wettbewerbsfähigkeit stärken.
- **Verbraucherkreditrichtlinie:** Hier wird eine neue EU-Richtlinie in Deutschland umgesetzt, doch wird hier mehr Bürokratie und Aufwand geschaffen als notwendig oder zielführend. So muss bspw. eine große Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Sachkundenachweis erhalten, um Verbraucherkredite vermitteln zu können, dafür geschult und regelmäßig fortgebildet werden. Um dies unternehmensintern zu verwalten, müssten wieder neue Prozesse und vor allem neue Zuständigkeiten (eine neue Abteilung) geschaffen werden. Einfacher und effizienter wäre es, wenn die Finanzierungsbanken, die das Wissen ohnehin haben, und auch die Kredite halten, die Schulungen durchführen

würden. Auch eine niedrigere Frequenz der Fortbildungen wäre sinnvoll – es ist nicht zu erwarten, dass es einmal im Jahr Neuerungen gibt. Schließlich soll auch ein neues Register etabliert werden, um über Unternehmen zu informieren, welche Kredite vermitteln dürfen. Dies ist aufwändig und würde auch von Verbraucherinnen und Verbrauchern eher weniger konsultiert werden als bspw. das Impressum auf der Website des Unternehmens, welches schnell und einfach angepasst werden kann.

- **Bürokratieabbau:** Insgesamt sieht sich der Handel hohen bürokratischen Belastungen gegenüber. So gibt es insbesondere in der Nachhaltigkeitsgesetzgebung viele überlappende Vorschriften, die jetzt glücklicherweise mit den sogenannten Omnibusgesetzen stückweise abgebaut werden. Doch müssen an anderen Stellen Daten doppelt erhoben werden oder auch Informationen vorgehalten werden, welche Unternehmen laut anderer Gesetze eigentlich gar nicht haben dürfen. Die aufwändige Verwaltung der Auflagen vereinnahmt viele Ressourcen auf sich. Ressourcen, die an anderer Stelle viel wichtiger wären. Ein Abbau der bürokratischen Auflagen würde die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes spürbar stärken.

Für Fragen und Anmerkungen aller Art stehe ich selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

